



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 19. Januar 2018

Band 12, Ausgabe I

Themen

- **Zuwanderung**
- **Philipp Jenninger**
- **Ernährung**

"Wir werden die neue österreichische Regierung - das habe ich auch dem Bundeskanzler gesagt - an ihren Taten messen."

(Bundeskanzlerin Angela Merkel nach dem Treffen mit ihrem österreichischen Kollegen und ÖVP-Chef Sebastian Kurz zu dessen Bündnis mit der rechtspopulistischen FPÖ. Merkel fügte hinzu, dass sie persönlich "in der Tat" etwas stärker hinschauen werde als normalerweise üblich.)

In dieser Ausgabe:

Privilegierter Familien-
nachzug nicht dokumen-
tiert 2

Gedenken an Bundes-
tagspräsident a. D. 2

Philipp Jenninger

Bundestag nimmt langsam Fahrt auf

Unsere Parteiführung hat die Sondierungsgespräche mit der SPD nach intensiven Verhandlungen abgeschlossen. Mit dem 28-seitigen Sondierungspapier ist eine erste Grundlage für eine erneute Zusammenarbeit für die nächsten vier Jahre gelegt. Die SPD wird über dieses Ergebnis am kommenden Sonntag auf einem Parteitag beraten. An diesem Kompromiss, den unsere Parteiführung am 12. Januar vorgestellt hat, gibt es nichts mehr nach zu verhandeln.

Wir sind alle aufgerufen, nach vorne zu schauen und uns an die Arbeit zu machen. Es geht um die *M o d e r n i s i e r u n g* Deutschlands bei einer Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft, indem wir die innere, äußere und soziale Sicherheit erhalten, Parallelgesellschaften verhindern und unsere persönliche und wirtschaftliche Freiheit sowie unsere Kultur bewahren. Das sollte unsere Agenda für die kommenden vier Jahre sein.

In dieser Woche haben wir die Bundestagsaus-

schüsse eingesetzt. Mit unserem Einsetzungsantrag definieren wir die Aufgaben und die Größen der ständigen Ausschüsse. Neben Ausschüssen mit besonderem parlamentarischen Bezug wie dem



Quelle: Deutscher Bundestag

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung werden Fachausschüsse eingesetzt, die vor allem für die Gesetzgebungsarbeit wichtig sind. Dabei entspricht jedem Ressort ein Ausschuss. Das gewährleistet eine optimale und stringente Kontrolle und Begleitung des Regierungshandelns. Diesem Muster folgen auch Ausschüsse für Ressort-Teilbereiche wie Tourismus oder Sport.

Debattiert haben wir diese Woche unter anderem über einen Antrag der SPD, der auf eine weitere Bevormundung von Verbrauchern und Einschränkung un-

seres vielfältigen Nahrungsmittelangebot durch gesetzliche Vorgaben für Produzenten abzielt. Wir haben das zum Anlass genommen, aktuelle Entwicklungen in der Ernährungs- und Landwirtschaftsbranche anzusprechen, etwa die neuesten Erkenntnisse des Ernährungsreports 2018 der Bundesregierung. Auch die Zwischenbilanz des Nationalen Aktionsplans „INFORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und Bewegung“ haben wir in diesem Zusammenhang vorgestellt.

Wir stehen als Union gegen eine Bevormundung der Bürger und für Aufklärungs-, Bildungs- und Informationsmaßnahmen. Auf deren Grundlage sollen sich Menschen selbst für die zu ihnen passende, gesunde Ernährung und ein bewusstes Konsumverhalten entscheiden. Ziel ist es, dem Verbraucher durch volle Transparenz in der gesamten Lebensmittelkette eine eigenverantwortliche und sachkundige Entscheidung zu ermöglichen.

Privilegierter Familiennachzug nicht dokumentiert

Die Antwort der Bundesregierung auf meine Frage zum Familiennachzug in der Fragestunde dieser Woche (<http://bit.ly/2EVPgLY>), lässt mich ratlos zurück. Demzufolge wüsste die Bundesregierung nicht einmal, wie viele Anträge auf privilegierten Familiennachzug bislang insgesamt gestellt wurden und noch zu bearbeiten sind. Privilegierter Familiennachzug bedeutet, dass kein Nachweis der Lebensunterhaltssicherung und ausreichenden Wohnraums als Voraussetzung für die Einreise der Familienangehörigen notwendig ist.

Angesichts der derzeitigen politischen Bedeutung des Familiennachzugs halte ich diesen Zustand im von SPD-Minister Gabriel geführten Auswärtigen Amt für skandalös. Denn für eine sachgerechte Diskussion und Steuerung der Zuwanderung nach Deutschland brauchen wir eine solide Informationsbasis. Die Verpflichtung der Bundesregierung zur Erstellung



einer solchen Statistik ist eine der ersten Maßnahmen, die der Deutsche Bundestag möglichst zügig beschließen müsste.

Die Beantwortung des zweiten Teils der Frage, in dem das Auswärtige Amt den Verzicht auf eine Erhebung durchschnittlicher Bearbeitungsdauern mit deren Unterschiedlichkeit begründet, empfinde ich als unverschämt.

Meine Frage und die Antwort der Bundesregierung:

„Wie viele Anträge zum privilegierten Familiennachzug von asylberechtigten Schutzberechtigten, denen die Flüchtlingseigenschaft oder subsidiärer Schutz zuerkannt worden ist, wurden in den Jahren 2016 und 2017 gestellt, und wie lange ist die durchschnittliche Dauer der Bearbeitung dieser Anträge?“

Antwort der Bundesregierung:

„Wie viele Anträge auf Familiennachzug sich auf einen Nachzug zu einem Schutzberechtigten beziehen oder welchen Schutzstatus (zum Beispiel Asyl, Flüchtling, subsidiärer

Schutz) die jeweilige Referenzperson hat, wird vom Auswärtigen Amt grundsätzlich nicht erfasst.

Weltweit hat das Auswärtige Amt im Jahr 2016 115 095 Anträge auf Familiennachzug bearbeitet. Das beinhaltet Anträge, auf die ein Visum erteilt wurde, die abgelehnt oder zurückgezogen wurden. Im Jahr 2017 waren es 138 741 Anträge.

Ausschließlich für syrische Antragsteller erfasst das Auswärtige Amt die Zahl der erteilten Visa zum privilegierten Familiennachzug zum Schutzberechtigten. Im Jahr 2016 wurden 24 854 und 2017 wurden 26 284 Visa an diese Antragstellergruppe erteilt.

Eine durchschnittliche Bearbeitungszeit für ein Visum zum Familiennachzug wird nicht ermittelt, da die Bearbeitungszeit wesentlich von externen, einzelfallabhängig stark variierenden Faktoren abhängt. Dazu gehören die Vollständigkeit der antragsbegründenden Unterlagen, Urkundenüberprüfungen und Bearbeitungszeiten bei Innenbehörden.“

Gedenken an Philipp Jenninger

Mit einem feierlichen Staatsakt haben wir uns von unserem ehemaligen Präsidenten Philipp Jenninger verabschiedet, der Anfang des Jahres im Alter von 85 Jahren gestorben war.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble würdigte den CDU-Politiker in seiner Trauerrede am Donnerstag als leidenschaftlichen Parla-

mentarier und überzeugten Demokraten, der allseits Vertrauen und Autorität genossen habe.

Philipp Jenninger hatte dem Bonner Parlament von 1969 bis 1990 angehört. Von 1984 bis 1988 war er Präsident des Deutschen Bundestags. Von diesem Amt trat er wegen einer missverständlichen Gedenkrede zum 50. Jahrestag

der Reichspogromnacht am 9. November 1938 zurück. Schäuble nannte den Rücktritt ein „politisches Drama“, ein Unglück, das später keiner mehr habe verstehen können. Jenninger sei immer ein entschiedener Gegner totalitärer Herrschaft gewesen. Er habe sich stets die Frage gestellt, wie es zur Machtübernahme der Nationalsozialisten habe kommen können.